

Gäste. Das Palast-Hotel, dessen ausländische und einheimische Angestellte auch während des Monats Juni ihren Dienst versahen, konnte auch während dieses chaotischen Monats eine Belegungsrate von 50% erreichen.

884 ausländische Angestellte der 18 Joint Venture-Hotels in Beijing hatten im Juni 1989 die Stadt verlassen; ca. 90% waren jedoch bis Anfang Juli auf ihre Posten zurückgekehrt.

Beijing will seine Tourismusindustrie einer Reform unterziehen, die Qualität der Dienstleistungen verbessern, das Umfeld für den Tourismus verbessern und die Interessen der Besucher schützen. Die Umgestaltung wird in Reiseagenturen, Hotels, Restaurants sowie Geschäften für Touristen, in Taxigesellschaften und Tourismusorten durchgeführt werden. Wie der Chef des Beijinger Tourismusamtes mitteilte, gibt es auf dem Beijinger Tourismusmarkt verschiedene Probleme, die die Reputation und die Qualität der Dienstleistungen beeinträchtigen.

In den letzten Jahren sei die Anzahl der Reiseagenturen in Beijing schnell angestiegen. Es gebe im Stadtbereich von Beijing nun 79 Reiseagenturen, die ausländische Touristen empfangen. Die Angestellten einiger Agenturen seien für ihre Arbeit nicht qualifiziert, einige Reiseführer tauschen illegal Geld bei ausländischen Touristen und verkaufen es wieder mit Gewinn. Bei Reiseführern ist es üblich, Verkaufskommissionen und Trinkgelder zu fordern. Des weiteren fordern einige Taxifahrer überhöhte Fahrpreise, eine Anzahl von Touristenorten seien schmutzig.

Die Geschäftslizenzen von Hotels, die nicht dem Standard entsprechen, würden entzogen werden. Jene, die Verkaufskommissionen, Trinkgelder sowie höhere Taxipreise forderten, würden sofort entlassen werden, wenn ihre Taten entdeckt würden. Das Tourismusamt wird die Namen dieser Leute bekanntmachen, so daß sie in anderen Reiseagenturen oder Taxiunternehmen keine Beschäftigung finden können.

Beijing wird seine ca. 300 Hotels inspizieren, die die Erlaubnis haben, ausländische Touristen aufzunehmen. Hotels, die nicht qualifiziert seien, würde die Genehmigung entzogen, Ausländer aufzunehmen. Einige Telefonanschlüs-

se, bei denen man Beschwerden melden könne, seien vorhanden, an die Ausländer würden auch Beurteilungskarten ausgegeben, so daß man mit Problemen schnell fertig werden könne. Alle im Dienstleistungsbereich der Beijinger Tourismuseinheiten Tätigen werden eine Berufsausbildung erhalten.

In den ersten vier Monaten des Jahres 1989 konnte Beijing ca. 300.000 ausländische Touristen empfangen, 6% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Von Mai bis Juni 1989 sank die Zahl der ausländischen Touristen drastisch, und zwar wegen der politischen Unruhen. (NZZ, 28.7.89; XNA, 2. u. 3.8.89) -lou-

Binnenwirtschaft

*(33)

Schwierige Wirtschaftsentwicklung für das 2.Halbjahr 1989 prognostiziert

Die geringe Effizienz der staatseigenen Industrieunternehmen wird die chinesische Wirtschaft auch im 2.Halbjahr 1989 in große Schwierigkeiten bringen. In einem in der Wirtschaftsbeilage *Business Weekly* der *China Daily* abgedruckten Interview betonte ein hoher Kader der Zentralen Wirtschaftskommission, der ungenannt bleiben wollte, die "schwachen" wirtschaftlichen Ergebnisse der Staatsbetriebe, die bereits im 1.Halbjahr 1989 zu großen Problemen für die Wirtschaft des Landes geführt hätten, seien trotz verschiedener Maßnahmen nicht zu korrigieren. Nach am Anfang des Jahres festgelegten Richtlinien sollten die Staatsunternehmen ihre Verluste um 25% verringern. Statt dessen seien die Verluste auf 6,87 Mrd.Y allein im ersten Halbjahr angestiegen, eine Summe, die die Gesamtverluste des vergangenen Jahres sogar noch übersteige.

In einem Halbjahresbericht des Zentralen Statistischen Amtes wurden vor allem die unverhältnismäßig hohen Preissteigerungen bei Rohmaterial als Grund für die Misere der Industriebetriebe angegeben. Die Kosten lagen demnach allein in den ersten drei Monaten 1989 um 24% höher als im Ver-

gleichszeitraum des Vorjahres. Den Unternehmen sei es auch nicht gelungen, die Produktionskosten niedriger zu halten. Sie seien im Vergleich zum Vorjahr um 18,6% gestiegen und stellen damit einen "Rekord" in den vergangenen Jahren dar.

Nach Angaben des Wirtschaftskaders seien die Hauptverluste in der staatlichen Kohle- und Ölindustrie, neuerdings aber auch in der Tabakindustrie zu verzeichnen. Dies hätte auch "politisch bedingte" Gründe. Die staatlichen Unternehmen hätten "wenig zu sagen" und würden bei Entscheidungen nicht gehört. Dies führe zu schlechten "Managementqualitäten" dieser Betriebe. Schließlich sei die Kohle- und Ölindustrie auf hohe Investitionen angewiesen, um ihre Kapazitäten zu entwickeln. "Die Regierung hat aber in den vergangenen Jahren ihre Investitionen verringert", fügte der Wirtschaftskader hinzu.

Ein weiterer Faktor für die hohen Verluste im 1.Halbjahr dürften die sprunghaft angestiegenen Produktionsausfälle während der jüngsten Unruhen sein. Ein Sprecher des Statistischen Amtes bezifferte die Verluste in der industriellen Produktion im Mai und Juni 1989 landesweit mit 3 Mrd.Y. Allein in der Beijinger Industrie hätten die Verluste im Juni 1989 bei 800 Mio.Y gelegen. (China Daily, 23.7.89) -lou-

*(34)

Steuerschraube für Privatunternehmen wird angezogen

Am 1.August 1989 wurde an den schwarzen Brettern im ganzen Lande eine Ankündigung der Regierung angeschlagen, daß mit einer Verschärfung der Besteuerung für den prosperierenden privaten Sektor zu rechnen sei. Auf einer Pressekonferenz in Beijing erklärte Jin Xing, der Direktor der Zentralen Verwaltung für die Besteuerung, daß in einer zweimonatigen Kampagne beabsichtigt sei, die insgesamt 14,5 Mio. Privatbetriebe auf Steuerhinterziehung hin zu untersuchen. Jin erklärte, daß Steuerhinterziehung ein allfälliges Problem im Privatsektor der Wirtschaft sei, der insgesamt 23 Mio. Menschen beschäftige. Ca. 70-80% der Betriebe seien an der Steuerhinterziehung beteiligt.

Die verschiedenen Steuern, die von diesen Unternehmen im letzten Jahr gezahlt worden seien, beliefen sich auf 9,2 Mrd.Y, das sei nur etwa ein Drittel bis ein Viertel der Summe, die eigentlich zu zahlen gewesen wäre. Der Direktor erklärte, daß eine beträchtliche Anzahl von Privatunternehmen sich nicht zu Steuerzwecken registrieren ließe. Einige mißachteten die Regeln bei der Steuerzahlung oder lieferten falsche Steuererklärungen. Es seien auch Fälle bekanntgeworden, in denen man sich mit Gewalt geweigert habe, Steuern zu zahlen. Jin erklärte, daß diese Steuerzahler keine Verpflichtung fühlten, Steuern zu zahlen; andere beachteten das Gesetz nicht. Er tadelte auch die Steuereinzugsbehörden wegen ihrer unzulänglichen Kader und ihrer primitiven Methoden. Die Steuerhinterziehung führe nicht nur zu Verlusten für die Staatskasse, sondern störe auch die normale wirtschaftliche Ordnung und verschärfe soziale Probleme, die durch die Verteilungsdisparitäten verursacht würden. Jin fügte hinzu, daß die ca. 500.000 Steuerbeamten des Landes mehr Rechte hinsichtlich der Überwachung und der rechtlichen Zwangsmittel erhalten würden.

Die Vorwürfe gegen private Unternehmen - Steuerhinterziehung und Ausbeutung weiblicher Arbeitskräfte - wird nach Ansicht westlicher Diplomaten als Kampagne verstanden, einer weitverbreiteten Stimmung in der Öffentlichkeit gegenüber Privatunternehmen zu entsprechen.

In der *Volkszeitung* erschien ein Artikel, in dem private Geschäftsleute als die reichsten Menschen in China bezeichnet wurden, die Privatautos führen, luxuriöse Uhren tragen und ihre Frauen mit teuren Kleidern und Juwelen ausstatteten. Eine Untersuchung bei 100.000 privaten Geschäftsleuten in Beijing habe ergeben, daß zumindest 40% ihres Einkommens illegal sei und daß Steuerhinterziehung sowie falsche Einkommenerklärungen weit verbreitet seien. Je mehr sie einnehmen, desto mehr verbergen sie, so hieß es weiter. 94,5% von ihnen führen keine Bücher. Wer könne unter solchen Umständen wissen, wieviel Steuern sie entzögen. Ein bestimmter Anteil der Gewinne stamme daher, daß niedrig bezahlte Bauernmädchen vom Lande beschäftigt würden.

Nach Angaben der *Volkszeitung* beträgt das durchschnittliche Jahreseinkommen von Beijinger privaten Geschäftsleuten im Nahrungsmittelbereich 15.361 Yuan, das wäre siebenmal mehr, als ein Arbeiter in staatlichen Nahrungsmittelunternehmen verdiene, und zehnmal mehr, als ein Beamter verdiene. (XNA, 2.8.89; AWSJ, 24.7.89)

Mittels dieser Kampagne gegen Privatunternehmen versucht die Führung, die Ressentiments "normaler" Menschen gegenüber der großen Diskrepanz zwischen ihrem Einkommen und dem Einkommen privater Geschäftsleute auszunutzen und Unterstützung für die neue Linie zu gewinnen. -lou-

*(35)

Subventionssystem soll reformiert werden

Das Subventionssystem in der Volksrepublik sollte reformiert werden, da Subventionen zu einer immer größeren Belastung des Staatsbudgets geworden seien. Dies berichtete die *China Daily* am 17.7.1989. Nach Angaben der Zeitung hätte die Gesamtsumme der Subventionen seit 1979 500 Mrd.Y überschritten.

In den letzten Jahren hätten die Subventionen immer mehr zugenommen und einen immer größeren Anteil der Staatseinnahmen bzw. Staatsausgaben ausgemacht. Im Jahre 1988 beliefen sich die Subventionen auf 29% der Staatseinnahmen und -ausgaben.

Seit Jahrzehnten gibt die chinesische Regierung einen beträchtlichen Teil ihrer Einnahmen für nichtgewinnbringende Unternehmen und öffentliche Dienstleistungen aus, um das tägliche Leben zu verbessern. Die erste Subvention der Regierung wurde 1953 für den Anbau von Baumwolle vergeben; diese Subvention wurde dann auf andere Kulturen ausgeweitet, auf Speiseöl und sonstige Nahrungsmittel. Im Jahre 1978 wuchsen die nationalen Subventionen auf 9,4 Mrd.Y. Nach 1979, als die überzentralisierte Wirtschaft in eine geplante Warenwirtschaft überführt wurde, wurden Subventionen auf jeden Lebensbereich ausgedehnt, z.B. von der Subvention für die Ein-Kind-Familie, über die Subventionen für Schulen, Transport, freie medizinische Behandlung, Bücher

und Zeitungen bis zum Haarschneiden und zum Begräbnis. Die Regierung sorge, mit anderen Worten, für die Menschen von der Geburt bis zum Tode. Statistiken zeigen, daß jeder der sechs Millionen Einwohner der Stadt Beijing von den verschiedenen Wohlfahrtsprogrammen der Regierung jedes Jahr im Umfange von 530 Yuan profitiert, das ist etwa die Hälfte des jährlichen Lohnes eines durchschnittlichen Angestellten.

Regierungssubventionen haben schlecht geführte Unternehmen vor dem Bankrott gerettet. Wenn aber Subventionen als ein Allheilmittel verwendet werden, so beeinträchtigen sie das Budget der Regierung. Die Mittel könnten für technische Innovationen von wichtigen Industriebetrieben und für Investitionen in Hochtechnologiebranchen verwendet werden.

Die meisten Subventionen werden für Getreide verwendet. Da sie Preisanhebungen in schlechten landwirtschaftlichen Jahren befürchtet, gibt die Regierung Milliarden von Yuan aus, um die Lieferungen sicherzustellen. Getreide wird preiswert verkauft, vieles davon wird verschwendet. Das Ergebnis ist, daß die aufgeblähten Verbrauchsfonds die Verschwendung fördern und daß die Produktion selbst Mangel an finanzieller Unterstützung leidet. Die Warnungen von Ökonomen gehen dahin, daß die Wirtschaft des Landes einen totalen Zusammenbruch erleiden könnte, falls die Subventionen weiter ohne Eingrenzungen steigen. (XNA, 18.7.89) -lou-

*(36)

Überschüssige ländliche Arbeitskräfte

In einem Artikel in der *Volkszeitung* wurde die Zahl der überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte auf 100 Mio. geschätzt. Falls diese Menschen nicht in richtiger Weise eingesetzt werden könnten, würden sie die landwirtschaftliche Modernisierung des Landes beeinträchtigen.

In den letzten Jahren hätte, so der Artikel, die ländliche Industrie als wichtigster Auffangbereich für die überschüssigen Arbeitskräfte gedient. Bis zum Jahre 1987 seien 80 Mio. Menschen vom Lande in ländliche Industrie- und Dienstleistungsbetriebe übergewechselt.

Inzwischen seien jedes Jahr einige wenige Millionen in die Städte gekommen, um Arbeitsplätze in der Bauindustrie, im Handel und in den Dienstleistungsbetrieben zu finden. Des weiteren hätten insgesamt 1 Mio. Menschen Arbeit in den städtischen Fabriken gefunden.

In der näheren Zukunft bestehe der einzige Weg, die "überschüssigen Arbeitskräfte zu absorbieren", darin, sich auf Anstrengungen im ländlichen Bereich zu verlassen und die Anzahl der Arbeiter sowie ihre Migrationsgeschwindigkeit zu kontrollieren.

Es werden einige Vorschläge gemacht, um die Migration zu erleichtern. Der erste besteht darin, wirtschaftliche Mittel, wie z.B. Besteuerung und Kredite, zu verwenden, um die Produktion von Markenprodukten sowie von raren Produkten in den ländlichen Industriebetrieben und den Bau von Kraftwerken, Transport- und Kommunikationseinrichtungen sowie Rohmaterialindustrieanlagen in den ländlichen Gebieten anzuregen.

Zum zweiten sollten Außenhandelsabteilungen Investitionen erhöhen, um arbeitsintensive und devisaerzielende Unternehmen zu entwickeln, insbesondere jene, die sich in der Produktion traditioneller chinesischer Handwerksartikel engagieren, die dann in der Lage sein würden, viele Arbeiter aufzunehmen.

Drittens sollten lokale Regierungen die Abwanderung der Arbeitskräfte in geplanter Weise organisieren, um soziale Probleme, die von blinden Bewegungen herrühren könnten, zu vermeiden.

Langfristig betrachtet wird die Bewegung ländlicher Arbeitskräfte in die Städte zu einer treibenden Kraft werden und die Volkswirtschaft sowie die soziale Entwicklung beträchtlich vorantreiben. Um die Abwanderung in großem Umfange in der Zukunft zu erleichtern, solle das Land große Anstrengungen unternehmen, um mittelgroße und kleine Städte zu entwickeln und mehr in der Erziehung der ländlichen Arbeitskräfte zu investieren. (RMRB, 21.7.89) -lou-

*(37) Agrarbehörden wegen "Eigeninteressen" kritisiert

Im Zusammenhang mit der Kampagne gegen Korruption übte die chinesische Führung heftige Kritik an den für die Landwirtschaft zuständigen Regierungsabteilungen. In einem Artikel der *Volkszeitung* hieß es am 18.7.1989, die landwirtschaftliche Entwicklung des Landes sei aufgrund der "Eigeninteressen" der Provinz- und Kreisregierungen im Vergleich zur Industriewirtschaft ins Hintertreffen geraten.

Die Provinz- und Kreisregierungen steckten Rohstoffe und Finanzmittel nur in solche Wirtschaftszweige, die schnellen und hohen Gewinn erzielten. Dies führe die Landwirtschaft immer wieder in Krisen. Manche Regierungsabteilungen seien sogar so weit gegangen, Preise von für die Bauern unverzichtbaren Produkten willkürlich anzuheben, mit Rohstoffen zu spekulieren, den Bauern minderwertige Düngemittel zuzuschustern oder Geschäfte mit Mangelwaren zu machen und so den Bauern das Geld aus der Tasche zu ziehen. Das Landwirtschaftsministerium werde aufgrund solcher Machenschaften zukünftig nicht mehr als finanzieller Lückenbüßer einspringen können. (RMRB, 18.7.89) -lou-

*(38) Industrielle Arbeitskräfte

Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten in der Volksrepublik beträgt 134,99 Mio., 1,09 Mio. weniger als im Jahre 1988. Dies ergibt eine Berechnung, die das Zentrale Statistikamt im Juni 1989 durchführte.

Im Vergleich mit anderen Industriezweigen gab es den größten Rückgang beim Personal in der Bauindustrie, und zwar aufgrund der Kürzungen in diesem Bereich und der Suspendierung einer großen Anzahl von Projekten. Die Zahl der Bauarbeiter in den Städten wurde um 275.000 reduziert, hinzugerechnet werden müssen jene Arbeiter, die in die ländlichen Gebiete zurückgekehrt sind.

Gegenwärtig beschäftigen die staats-eigenen Unternehmen 99,2 Mio. Arbeiter und Angestellte, während die Unternehmen auf Kleinstadt- und Dorfebene 34,74 Mio. beschäftigen.

Die Rückgänge betragen jeweils 640.000 bzw. 530.000. Rückgänge sind auch zu verzeichnen im Handel, im Transport, im Wohnungsdienstleistungsgewerbe, im Erziehungssektor sowie im Bereich der Medizin.

Mit der effektiven Durchführung der wirtschaftlichen Anpassung und der Vertiefung der Reform der Arbeits- und Verteilungssysteme habe das blinde Anwachsen der Zahl der Arbeiter und Angestellten unter Kontrolle gebracht werden können.

Nach einer früheren Vorhersage des Ministeriums für Arbeitskräfte und Personal wird die Arbeitslosigkeit im Bereich der Kleinstadt- bzw. Dorfbetriebe gegen Ende des Jahres 1989 die Halbmillionengrenze überschreiten.

Gegenwärtig beschäftigen von Ausländern betriebene Unternehmen, Joint Ventures sowie andere nichtstaatliche Unternehmen 1,05 Mio. Arbeiter und Angestellte, was einen Zuwachs von 80.000 bedeutet. Diese Arbeiter und Angestellten machen 7,8% der Gesamtzahl des Landes aus - gegenüber 3,5% am Ende des Jahres 1985.

Die Statistiken zeigen auch, daß das Finanz- und Versicherungswesen einerseits sowie der Bereich der öffentlichen Sicherheit und der Justizverwaltung andererseits 21.000 bzw. 15.000 mehr Angestellte als im vorangegangenen Jahre beschäftigen.

Gegen Ende Juni 1989 belief sich die Zahl der Kontraktarbeiter in staatseigenen Unternehmen in der Volksrepublik auf mehr als 10 Mio. Ihr Prozentsatz wuchs von 4 im Jahre 1986 auf heute 10,5 - dies geht aus einer Mitteilung des Zentralen Statistischen Amtes hervor. Die genaue Zahl der Kontraktarbeiter in staatseigenen Unternehmen beträgt 10,43 Mio., gegenüber dem Ende des Jahres 1988 ein Plus von 360.000. Die Zahl der zeitweiligen Arbeiter beträgt 3,62 Mio., ein Zuwachs von 260.000.

Die Einführung des Vertragssystems in staatseigenen Unternehmen begann in der Volksrepublik im Jahre 1983, um nach und nach das alte System zu beseitigen, nach dem die Arbeiter lebenslange Beschäftigungen in ihren Unternehmen garantiert bekommen. Gegenwärtig unterliegen alle neuen Ar-

beiter dem Vertragssystem, außer jenen Angestellten und Arbeitern mit einem Abschluß der Universität oder einer Sekundarschule sowie entlassenen Soldaten.

Nach dem Vertragssystem müssen der Arbeitssuchende und das Unternehmen einen Arbeitsvertrag abschließen, wenn die gegenseitigen Erwartungen erfüllt sind. Wenn solche Verträge ausgelaufen sind, können sie erneuert werden.

In der ersten Hälfte des Jahres 1989 lag das durchschnittliche Monatseinkommen von Arbeitern und Angestellten bei 144 Yuan, was einem Anstieg von 23 Yuan gegenüber der Vergleichsperiode des Jahres 1988 entspricht.

Nach Statistiken, die die Zentrale Statistikamt bekanntgab, stieg der nationale Einzelhandelspreisindex in derselben Periode um 25,5%. Da der Anstieg der Löhne also bei ca. 19% lag, hatten die Arbeiter und Angestellten eine reale Lohnsenkung hinzunehmen.

Da die Regierung gegenwärtig eine Anhebung der Löhne der Arbeiter und Angestellten nicht vornehmen kann, müßten effektive Maßnahmen ergriffen werden, um ein Absinken des tatsächlichen Lebensstandards des Volkes zu verhindern. Dies teilte ein Ökonom der Nachrichtenagentur Xinhua mit. (XNA, 25.7. u. 1.8.89) -lou-

*(39)

Umweltprobleme

China habe es mit zehn ökologischen Problemen zu tun, so teilte das Institut für Ökologie und Umwelt in der chinesischen Akademie der Wissenschaften mit:

1. In vielen Teilen des Landes herrsche Bodenerosion vor, und zwar als Resultat einer unangemessenen Ausbeute der bergigen Gebiete, die ca. 65% von Chinas Gesamtgebiet ausmachen.
2. Die Zahl der Naturkatastrophen im Lande habe zugenommen, und die betroffenen Gebiete nehmen ebenfalls zu.
3. Aufgrund des übermäßigen Holzeinschlages nehme die Bewaldung ab.

4. 866 Mio.ha Grasland hätten in der Qualität abgenommen, das sei ein Drittel des nutzbaren Graslandes überhaupt.
5. Die Wüstengebiete in Nordchina hätten auf 1,49 Mio.qkm zugenommen, das seien 15,5% des Gesamtgebietes des Landes.
6. Eine zu hohe Nutzung des Grundwassers habe dazu geführt, daß die Wasserqualität sich verschlechtert habe.
7. Die Bevölkerung in einigen wirtschaftlich entwickelten Gebieten sei größer als die zu ihrer Versorgung zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen geworden.
8. Die Luftverschmutzung sei schlimmer geworden und saurer Regen falle in einem ausgedehnten Gebiet.
9. Die industrielle Verschmutzung habe sich in ländliche Gebiete ausgedehnt.
10. Die Zahl größerer Unfälle habe zugenommen.

Hinsichtlich der geologischen Verhältnisse machte der Direktor der Abteilung für geologische Umwelt im Ministerium für Geologie und mineralische Ressourcen detaillierte Angaben. Cen Jiufa erklärte, daß in südwestlichen und nordwestlichen Regionen Erdbeben, Einbrüche sowie Steinschlag immer mehr zunehmen. Während der letzten zehn Jahre seien in der Provinz Sichuan Tausende solcher Katastrophen vorgekommen. 2.500 Menschen seien dadurch getötet worden, der wirtschaftliche Verlust werde auf 2 Mrd.Y beziffert. In den Küstenregionen würden Landabsenkungen immer ernster. Es gebe 20 Städte, darunter Shanghai, Tianjin, Wuxi, Changzhou, Ningbo und Jiaying, die durch dieses Problem beeinträchtigt würden. In 200 Städten und Kreisen seien über 1.000 Erdbeben aufgetreten. Die Katastrophen bedrohten die landwirtschaftliche Produktion, das Kommunikations- und Transportwesen, den Aufbau in den Städten und einige wichtige Projekte des Staates.

Das Ausmaß der Bodenerosion habe 1,5 Mio.qkm im ganzen Lande erreicht.

Die drei Transportarterien in den restlichen Gebieten, die Sichuan-Tibet-Straße, die Baoji-Chengdu-Eisenbahn und die Chengdu-Kunming-Eisenbahn, seien oft wegen Erdbeben und

Steinschlag blockiert. Obgleich die Periodizität geologischer Aktivitäten und der Wetterwechsel zu einer Menge dieser Katastrophen beitragen, so seien die Schäden jedoch durch den Menschen vergrößert worden. Experten hätten darauf hingewiesen, daß ca. 50% der Katastrophen durch übermäßige Nutzung natürlicher Ressourcen, durch die gedankenlose Nutzung von Grundwasser und anderer unverantwortlicher menschlicher Aktivitäten verursacht worden seien.

Das Ministerium habe Studiengruppen gebildet und umfassende Untersuchungen durchgeführt. Am Anfang dieses Jahres wurde ein Zehnjahresplan ausgearbeitet, um geologische Katastrophen zu verhindern. Des Weiteren wird ein Monitor-Netzwerk ausgearbeitet und errichtet, ein Informationssystem sowie ein Vorwarnsystem für geologische Katastrophen.

In der *China Daily* berichtete ein höherer Kader des zentralen Landverwaltungsamtes über die Landknappheit. Im Jahre 1959 belief sich das Kulturland in der Volksrepublik auf 111,9 Mio.ha. In den letzten drei Jahrzehnten sei es jedoch mit einer jährlichen Rate von 1,41 Mio.ha geschrumpft. Selbst wenn man die Gebiete neu erschlossenen Landes in die Rechnung einbeziehe, so bliebe jährlich ein Verlust von 538.269 ha.

Wang Xianjin, der Direktor des Amtes, analysierte die Gründe für die Landknappheit. Er sagte, die übergroße Betonung der Verwandlung von Getreideland in Grasland, in Land für Obstgärten und Forsten habe eine wichtige Rolle bei der Abnahme des Landes gespielt. Die Ausweitung der Industrie und städtischer Gebiete sowie die sich entwickelnde ländliche Industrie hätten ebenfalls viel Land in Anspruch genommen. Während des 6.Fünfjahresplanes (1981-1985) habe der Staat insgesamt 857.762 ha Land requiriert. An vielen Orten würden die Bauern auch ihre Häuser auf dem knappen Land bauen. Im Jahre 1986 beanspruchten die neuen Häuser von Bauern im ganzen Lande ca. 84.700 ha. Die durch die Bodenerosion verlorengegangene Fläche bezifferte Wang auf 133.400 ha pro Jahr.

Es wird geschätzt, daß um das Jahr 2050 weitere 26,68 Mio.ha verlorengegangen sein werden. Die Neuer-

schließung wird zwar diesen Verlust um die Hälfte reduziert haben, doch in der Zwischenzeit würde die chinesische Bevölkerung auf 1,8 Mrd. gestiegen sein. Das Ergebnis sei dann, daß der durchschnittliche Chinese weniger als 1 Mu (15 Mu = 1 ha) zur Verfügung habe. Falls jeder Chinese 600 kg Getreide pro Jahr verbrauche - einschließlich des Getreides, das dazu verwendet wird, Fleisch zu produzieren -, so würden diese 1,8 Mrd. Chinesen 1.080 Mio.t Getreide benötigen. Für China mit seinem großen Gebiet und seiner gewaltigen Bevölkerung sei es unrealistisch, sich auf Getreideimporte zu verlassen, erklärte Wang. Die Getreidereserven der Welt befänden sich ohnehin auf einem gefährlich niedrigen Niveau.

Angesichts aller dieser Tatsachen sollte eine ganze Serie von Politiken unternommen werden. Mit der Verringerung der nutzbaren Landfläche solle Schluß gemacht werden. Restriktionsregeln über die Landnutzung sollten formuliert werden, um die Ausdehnung städtischer Gebiete einzuschränken. Restriktionen sollten ebenso für den Bau von Eisenbahnen und Straßen gelten, die bereits 6,67 Mio.ha Land beanspruchten. Die 33,35 Mio.ha bislang nicht kultivierten Landes sollten erschlossen werden, so fügte Wang hinzu. Des weiteren sollten Steuern auf die Landnutzung erhoben werden. Viel Kapital und Technologie sollten investiert werden, um die Einheitserträge beim Landbau zu erhöhen. Schließlich sollten wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um das Bevölkerungswachstum einzuschränken. (XNA, 19.7. u. 5.8.89; China Daily, 6.7.89) -lou-

Taiwan

*(40)

Wirtschaft in Kürze

Neuer Vierjahresplan mit 7% Wirtschaftswachstum

Das Komitee für Wirtschaftsaufbau unter dem Exekutiv Yuan hat am 26. Juli den 10. mittelfristigen Wirtschaftsplan für 1990-1993 beschlossen, der eine durchschnittliche Zuwachsrate von 7% in den kommenden vier Jahren vor-

sieht. Er geht davon aus, daß die Inflation nicht über 3,5% steigt. Wenn das geplante Ziel erfüllt wird, kann das Bruttosozialprodukt (BSP) der Insel 1993 umgerechnet rd. 200 Mrd.US\$ und das Pro-Kopf-BSP über 10.000 US\$ erreichen. Für dieses Jahr wird das Pro-Kopf-BSP auf über 7.000 US\$ geschätzt.

Ferner setzte sich das Komitee im Plan das Ziel, den Handelsüberschuß von 10 Mrd.US\$ in diesem Jahr (einen Anteil von 7,7% am BSP) auf 5 Mrd.US\$ (3-3,5% am BSP) zu senken. (ZYRB, 28.7.89; LHB, 27.7.89; FCJ, 31.7.89)

4,53% Inflation im ersten Halbjahr

In den ersten sechs Monaten d.J. erhöhten sich die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,53%. Die Inflation im Juni lag um 4,38% höher als vor einem Jahr, aber um 0,26% niedriger als im Vormonat. Für das zweite Halbjahr 1989 erwartet das Statistische Amt eine Preissteigerung von 3,5% und für das ganze Jahr 4% (ursprüngliche Schätzung 3%). (ZYRB, 9.7.89; FCJ, 20.7.89)

Die Verlangsamung der Preissteigerung im Juni ist vor allem auf die restriktive Geldpolitik der Zentralbank zurückzuführen. Die Zunahme der Geldmenge an M1B (laufendes Bargeld, Sichteinlagen und unbefristete Spareinlagen der Nichtbanken) wurde im Mai auf 8,3% und im Juni auf 7,6% gedrosselt, im März und April lag sie noch bei 30,5% bzw. 20,6%. (AWSJ, 19. und 29.7.89)

Außenhandel

Der Exportwert betrug im ersten Halbjahr 1989 32.122 Mio.US\$ und der Importwert 25.937 Mio.US\$. Der Handelsüberschuß von 6.185 Mio.US\$ ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 12,2% gefallen. (FCJ, 17. und 31.7.89) Im gleichen Zeitraum stiegen die Exportaufträge mit einem Wertvolumen von 32.290 Mio.US\$ beim Jahresvergleich um 9% oder 2.670 Mio.US\$. (LHB, 21.7.89)

Ende Mai verfügte die Zentralbank über 75 Mrd.US\$ Devisenreserven, lag damit beim weltweiten Vergleich nur hinter Japan mit 89,46 Mrd.US\$ (Ende Juni). (LHB, 24.7.89) Nach dem Stand vom letzten April verteilten sich Taiwans Devisenreserven mit 70% in US-Dollar, 15% in Deutscher Mark und 10% in japanischen Yen. (FCJ, 10.7.89)

Zollsenkungen für 4.700 Warenposten

Der Gesetzgebungs Yuan hat am 14. Juli bei der Novellierung der Zollbestimmungen die Tarife für über 4.700 Importwarenposten im Durchschnitt um mehr als 23% gesenkt. Es betrifft landwirtschaftliche und industrielle Rohstoffe, halbfertige Produkte sowie Konsumgüter wie Videorecorder, Phonogeräte und Kosmetikartikel. Der Importzoll von 0,6% auf Gold wurde abgeschafft. Mit den neuen massiven Zollsenkungen wird die Regierung rd. 11 Mrd.NT\$ (430,4 Mio.US\$) im Jahr weniger einnehmen. (LHB, 15.7.89; AWSJ, 17.7.89) -ni-

*(41)

Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Grenada

Am 20. Juli hat der karibische Inselstaat Grenada die Republik China (Taiwan) anerkannt und gleichzeitig die vollen diplomatischen Beziehungen mit Taipei aufgenommen. Vor vier Jahren, am 1. Oktober 1985, hatte Grenada diplomatische Beziehungen zu der VR China aufgenommen und Beijing als die einzige legitime Regierung Chinas anerkannt. Damit war Grenada der erste Staat, der zwei chinesische Staaten gleichzeitig anerkannte. (ZYRB, LHB und CP, 21.7.89) In einer öffentlichen Erklärung warf ein Sprecher des Außenministeriums in Beijing der Regierung von Grenada vor, die im Kommuniqué zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und Grenada verankerten Prinzipien verletzt zu haben. Er betonte: "Es ist allen bekannt, daß es in der Welt nur ein China gibt, nämlich die Volksrepublik China, und daß Taiwan ein unabtrennbarer Teil des chinesischen Territoriums ist." Er bestätigte, daß Beijing ernsten Protest bei der Regierung von Grenada gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taiwan eingelegt habe und appellierte an sie, im Hinblick auf das Interesse an der Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen der VR China und Grenada den "irrigen Schritt" möglichst schnell zu korrigieren. (XNA, 30.7.89) Auch in einem Artikel der chinesischen *Volkszeitung* vom 31. Juli wurde die "Zwei-China-Politik" verurteilt und der Appell an Grenada wiederholt, den "Fehler" der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Taiwan so schnell wie möglich zu bereinigen. Doch noch am selben Tag errich-